

Basel

# Wirtschaftsverträglich soll es sein

Die Oberbadische, 26.08.2015 23:02 Uhr



Fordern eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung der Initiative (von links): Kaspar Engeli, Brigitte Guggisberg, Jörg Lutz, Moderator Frank Linhart, Christoph Brutschin, Matthias Leuenberger und Henri Gétaz. Fotos: Michael Werndorff Foto: Die Oberbadische

Von Michael Werndorff

Basel. Ohne Grenzgänger und Fachkräfte aus dem Ausland würde die Schweizer Wirtschaft leiden. Der Wohlstand ist in Gefahr, lautete die Kernaussage am Dienstagabend, die im Rahmen einer Podiumsveranstaltung von Metrobasel am EuroAirport von Vertretern aus Wirtschaft und Politik formuliert wurde.

Das Wirtschaftsforum für die trinationale Metropolitanregion hatte eingeladen, um die Bedeutung der Bilateralen Verträge für die Schweiz und die darin verankerte Personenfreizügigkeit zu diskutieren. Mit der am 9. Februar vergangenen Jahres angenommenen Masseneinwanderungsinitiative (MEI) sieht sich die Wirtschaft vor große Unsicherheit und Probleme gestellt, betonte Barbara Gutzwiller, Direktorin des Arbeitgeberverbandes Basel. „Betriebe brauchen Planungssicherheit, eine Kündigung des Freizügigkeitsabkommens hätte gravierende Folgen für die Wirtschaft.“

Rund 298000 Grenzgänger arbeiten in der Alpenrepublik, in der Nordwestschweiz insgesamt 65000. „Die Rolle der Grenzgänger ist seit Jahrzehnten unbestritten, daher müssen diese von einer möglichen Kontingentierung ausgenommen werden“, forderte die Direktorin. Kaspar Engeli, Direktor von Handel Schweiz, will sich deswegen dafür einsetzen, dass

die Rechtsunsicherheit als Folge der MEI bald vom Tisch ist. Nichts sei schädlicher für die Wirtschaft als diese. Fehlende Investitionen seien die Folge.

Nach Einschätzung von Botschafter Henri Gétaz, der im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten die Direktion für europäische Angelegenheiten leitet, sei der Ausgang der Abstimmung vom 9. Februar auch mit einem weiteren Urnengang nicht umkehrbar. Die Konsequenzen seien damals nicht deutlich genug kommuniziert worden. Den Status quo gebe es seit der Abstimmung nicht mehr, jetzt müsste zur Fortführung der Bilateralen ein neuer Konsens gefunden werden. Einen konkreten Lösungsansatz hatte Gétaz nicht im Gepäck: „Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Zuwanderung zu begrenzen, zum Beispiel in Form einer angepassten Freizügigkeit.“ Er wisse aber nicht, wie es weitergehe. Ergebnisse würden für den Herbst erwartet.

Zum Modell einer Kontingentierung will er jedenfalls nicht zurückkehren: „Das Beispiel aus den 1970er Jahren zeigt, dass in einem solchen Fall die Zuwanderung nicht abnimmt, sondern das Gegenteil eintritt.“ Brigitte Guggisberg, Geschäftsführerin der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel, ergänzte, dass damals der Zustrom von unqualifizierten Arbeitskräften erst durch die Einführung der Bilateralen Verträge eingedämmt werden konnte. „Derzeit verzeichnen wir hauptsächlich einen Zustrom von Fachkräften“, relativierte sie die Ängste Schweizer Bürger vor Verdrängungseffekten auf dem Arbeitsmarkt. Die Konsequenzen der MEI seien den Schweizern nicht bewusst gewesen.

Alleine schon das Schweizer Handelsvolumen mit Baden-Württemberg übersteige jenes mit den USA, unterstrich Gétaz die Bedeutung der Freizügigkeit, dessen Tragweite Lörrachs Oberbürgermeister Jörg Lutz für die Grenzregion betonte: „Alleine in Lörrach leben 6000 Grenzgänger, eine Kontingentierung hätte drastische Folgen.“ Auf der deutschen Seite würde die Dynamik abgewürgt, befürchtet Lutz. Zwar lebe man vom grenzüberschreitenden Austausch, allerdings wäre der eine oder andere Handwerksbetrieb froh, wenn als Folge einer Kontingentierung offene Stellen auf deutscher Seite besetzt werden könnten. „Als Grenzregion brauchen wir aber die Dynamik, um unseren Wohlstand sichern zu können.“ Auf europäischer Seite sieht Lutz aber kaum Bereitschaft, die Personenfreizügigkeit zu verhandeln, weil die Schweiz keinen Sonderfall darstelle. Verständnis habe man für die unterschwelligeren Ängste, die in das Abstimmungsergebnis miteingeflossen seien, auch wenn sie angesichts der Vollbeschäftigung nicht rational begründbar wären, so Lutz.

Diesen Ängsten wolle man nachgehen, erklärte der Basler Volkswirtschaftsdirektor Christoph Butschin. Viele Probleme, wie steigende Mieten oder den Verlust des Arbeitsplatzes, würden auf die Zuwanderung zurückgeführt. Wenn es zur Einführung von Kontingenten kommen sollte, dann müssten diese hoch und mit einfachen Bewilligungsverfahren verknüpft sein, damit man das Schlimmste verhindern könne.

Letzteres ist für Matthias Leuenberger, Delegierter von Novartis Schweiz, eine schleichende Verlagerung der Forschung ins Ausland, weil der internationale Austausch von eminenter Bedeutung sei. „Sollten die Spitzenkräfte nicht mehr zu uns nach Basel kommen, dann wäre das eine betrübliche Entwicklung“, gab Leuenberger zu bedenken. Man spreche schon lange über die Lösung, aber die Diskussion komme zu spät. „Wir sind auf einem gefährlichen Pfad, uns zu isolieren“, warnte er. Die Konsequenzen begreife man erst allmählich. Die Frage laute jetzt, so Leuenberger: „Was will die Schweiz?“